Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit von durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 14. — 87. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Dienstag, den 17. Januar 1928**

Die Berliner Konferenz.

Beabsichtigt die große Ministerkonferenz, die in Berlin zusammengetreten ist und die die Vertreter aller Länder mit dem Reichsministerium zusammengebracht hat, wirklich eine grundlegende Änderung der Reichsverfassung — wobei man die „Verfassung" nicht etwa bloß so zu verstehen hat, daß damit die Weimarer Verfassung gemeint ist, sondern der gesamte staatrechtliche Zustand, vor allem also das Verhältnis des Reiches zu den Ländern? Man wird diese Frage verneinen müssen, wenn auch auf der Tagesordnung als erster Punkt gerade die Beratung jenes Verhältnisses stand. Der entscheidende Gesichtspunkt bei diesen Beratungen ist vielmehr der finanzielle, also die Herbeiführung weitgehender Ersparnisse in der Verwaltung. Das kam besonders eindringlich im zweiten Punkt der Tagesordnung: Grundsätze einer sparsamen Finanzpolitik, zum Ausdruck, ging aber auch aus dem dritten: Technische Verwaltungsreform im Reich und in den Ländern, hervor; denn auch diese hatten das Ziel der Einsparung unnötiger Ausgaben. Die Reichsregierung wollte denn auch nach den Referaten zwei eingehende Vorschläge praktischer Art zur Erörterung stellen, diese aber in ihren wesentlichen Punkten, kurz gesagt, nur auf technische Fragen des internen Verwaltungsapparates beziehen.

Gerade um diese Konferenz aus dem Rahmen einer bloßen Besprechung herauszuheben, um aus ihr nun praktische Folgerungen ziehen zu können, hat man die Frage des Austausches der Enklaven mit auf die Tagesordnung gestellt; seitdem diese ganzen Dinge in der breiteren Öffentlichkeit diskutiert wurden, hat man nämlich gerade die Frage der Enklavenbeseitigung in den Vordergrund geschoben. Freilich aus politischen Gründen und — weil sie besonders drastisch wirken. Aber wie man sich zur Frage des Einheitsstaates stellen mag — daß die 125 Enklaven, die wir in Deutschland haben und die manchmal nur einige Quadratkilometer umfassen, nur große Kosten verursachen und daher vollständig überflüssig sind, wird niemand bestreiten. Freilich braucht man unter „Enklaven" nicht etwa gleich beispielsweise die Pfalz zu betrachten, nur deswegen, weil sie nicht in unmittelbarer Verbindung mit „Bayern rechts des Rheins" steht. Das gleiche gilt von den Absichten, die kleinen mitteldeutschen Länder Schaumburg-Lippe, Waldeck und Anhalt an Preußen anzugliedern. Formal-juristisch mögen hier in den Bestimmungen der Weimarer Verfassung gewisse Hindernisse bestehen; aber das ist nicht das Entscheidende für die Beratungen der Konferenz. Das könnte nur größere Bedeutung dann gewinnen, wenn etwa doch dadurch das Problem eines „Reichslandes Preußen" ins Rollen gebracht werden würde. Es ist bekannt, daß es hierüber in der Öffentlichkeit gleichfalls schon zu ausgiebigen Debatten gekommen ist, aber wenn sie in der Konferenz ihren Widerhall finden würden, dann würde die politisch-staatsrechtliche Seite des Problems „Einheitsstaat" angeschnitten werden. Und gerade das will man offenbar vermeiden, weil die Debatten dann vermutlich uferlos werden würden, und zwar sicherlich auf Kosten praktischer Resultate. Die große Öffentlichkeit, namentlich die deutsche Wirtschaft drängt aber darauf, daß bei der Konferenz wirklich etwas mehr herauskommt als nur langatmige Protokolle über mehr oder weniger gute Reden.

Man wird also nicht damit zu rechnen haben, daß eine Änderung der Reichsverfassung, namentlich des Artikels 18, durch diese Berliner Konferenz in Vorschlag gebracht werden wird, besonders, da auch Süddeutschland in den letzten Wochen sich mehr oder minder scharf gegen die Tendenzen zum Einheitsstaat ausgesprochen hat. Auffallend war es ja, daß noch am vergangenen Sonnabend in München ein Aufruf erschien, den eine große Anzahl führender Persönlichkeiten Bayerns aus allen Kreisen des wirtschaftlichen und des geistigen Lebens unterzeichnet hatte und der mit großer Schärfe das Recht Bayerns auf sein eigenes kulturelles und wirtschaftliches Leben unterstrich. Das besagt natürlich noch längst nicht, daß man sich dort nun auch gegen die Absichten der Ministerkonferenz ausgesprochen hätte, in der das Thema: Ersparnisse in der Verwaltung, behandelt wird. Gerade Bayern wird ja darauf hinweisen können, daß es in den letzten Tagen bei sich zu Hause nach dieser Richtung hin schon energische Schritte getan hat. Man durfte daher der Konferenz den Wunsch mit auf den Weg geben: Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun endlich Taten sehen.

Herzog Bernhard von Meiningen †.

Im Alter von 77 Jahren.

Montag früh ist in Meiningen der frühere Herzog Bernhard, der letzte Regent des ehemaligen Herzogtums Sachsen-Meiningen, fast 77 Jahre alt, an einem Asthmaleiden gestorben. Die Leiche soll nach der Familiengruft im Schloß Altenstein bei Bad Liebenstein in Thüringen übergeführt werden.

Herzog Bernhard von Sachsen-Meiningen wurde am 1. April 1851 als Sohn des Herzogs Georg II. in Meiningen geboren. Im Jahre 1909 zum Generalfeldmarschall befördert, folgte er 1914 seinem verstorbenen Vater in der Regierung. Nach Ausbruch der Revolution verzichtete er am 10. November 1918 auf den Thron und lebte seither zurückgezogen auf seinen Schlössern. Herzog Bernhard widmete sich von jeher mit Eifer den schönen Künsten, insbesondere der Musik und der Literatur. Die Breslauer Universität ernannte ihn zum Ehrendoktor der philosophischen Fakultät. Der Herzog war mit der 1919 verstorbenen Schwester des ehemaligen Kaisers, Prinzessin Charlotte von Preußen, vermählt; der Ehe entsproß nur eine Tochter, die mit dem Prinzen Heinrich XXX., Reuß j. L., vermählt ist.

Der große Kongreß der deutschen Länder

Einheitlicher Wille im Reiche.

Ministerberatungen in Berlin.

Montag früh gab es vor dem Reichskanzlerpalais in Berlin eine große Auffahrt. Die große Länderkonferenz begann und die Vertreter der deutschen Länder waren erschienen, um mit den Mitgliedern der Reichsregierung zu beraten über zweckentsprechenden und zeitangemessenen Ausbau des Reiches im ganzen und im Verhältnis zu den einzelnen selbständigen Ländern. Die Tagung findet statt im historischen Saal der Reichskanzlei, in dem der Berliner Kongreß von 1878 stattgefunden hat.

Beim Eintritt in den Saal werden die Ländervertreter vom Reichskanzler Dr. Marx und den anwesenden Mitgliedern des Reichskabinetts begrüßt. Im Saal sind vier Langtische aufgestellt, an denen die Vertreter der Länder Platz nehmen. Der Quertisch an der Stirnseite ist für den vorsitzenden Reichskanzler und die Mitglieder der Reichsregierung bestimmt. Das Beratungsmaterial liegt vor jedem Teilnehmer ausgebreitet.

Das Programm der Konferenz sieht bekanntlich folgende Punkte vor: Veränderung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamster Finanzwirtschaft und die Frage der Verwaltungsreformen im Reich und in den Ländern.

An der Beratung nehmen zusammen 106 Persönlichkeiten von der Reichsregierung und den Länderverwaltungen teil. Erschienen sind sämtliche Reichsminister außer dem erkrankten Außenminister Dr. Stresemann, Reichssparkommissar Sämisch, die Staatssekretäre der Reichsministerien, Staatssekretär Dr. Meißner in Vertretung des Reichspräsidenten, die Minister des preußischen Kabinetts mit ihren Staatssekretären, die Ministerpräsidenten der übrigen 17 deutschen Länder mit ihren Innen- bzw. Finanzministern sowie die Bevollmächtigten der Länder im Reichsrat.

Begrüßungsrede des Reichskanzlers.

Dr. Marx hieß die Erschienenen willkommen, wies auf die historische Bedeutung des Versammlungssaales hin, in dem 1878 der Berliner Kongreß und im November 1918 die bedeutsame Aussprache mit den Vertretern der einzelnen Freistaaten unter dem Vorsitz des damaligen Volksbeauftragten und späteren Reichspräsidenten Ebert stattfand. Er skizzierte dann kurz die Aufgaben der Länderkonferenz, wobei er besonders hervorhob, daß jede Neuregelung in den Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf der Grundlage vollster gegenseitiger Loyalität erfolgen müsse. Es werde sich ferner vor allem darum handeln müssen, einzelnen Ländern durch Übernahme gewisser Verwaltungszweige auf das Reich zu helfen, ferner die Beseitigung der Enklaven und Exklaven mit möglichster Beschleunigung zu betreiben und im Reich und in den Ländern auf dem Wege umfassender Verwaltungsmaßnahmen wesentliche Ersparnisse zu erzielen. Die Reichsregierung erwartet von den Beratungen ein ergiebiges Resultat und von der Aussprache eine Vertiefung und Stärkung des Bewußtseins, daß die Einheit der Nation und des Reiches unser wertvollstes und bestes Gut sei, das dem deutschen Volke aus den Stürmen der Kriegs- und Nachkriegszeit geblieben sei.

Nach geschäftsordnungsmäßigen Mitteilungen begannen zu der Frage der verfassungsrechtlichen Beziehungen zwischen Reich und Ländern die Referate und Korreferate. Als Redner sind hierzu vorgesehen: als Referenten der Präsident des Hamburger Senats Bürgermeister Dr. Petersen und der württembergische Staatspräsident Bazille und als Korreferenten der bayerische Ministerpräsident Dr. Held und der preußische Ministerpräsident Dr. h. c. Braun. Als erster Redner nimmt das Wort der Hamburger Bürgermeister Dr. Petersen.

Sachverständigenausschuß vorgeschlagen.

Plan Dr. Petersens.

Der Hamburger Senatspräsident sprach etwa zwei Stunden lang und kam schließlich zu dem Vorschlag, einen Sachverständigenausschuß einzusetzen, der die bisher vorliegenden Entwürfe für die Umgestaltung des Reiches durcharbeiten, eigene Vorschläge machen und sie der weiteren Beschlußfassung der zuständigen Stellen zur Verfügung stellen soll.

Dieser Ausschuß soll zusammengesetzt sein aus Politikern, Verwaltungspraktikern, Staats- und Verwaltungsrechtlern, Vertretern der Wirtschaft einschl. der Arbeitnehmerorganisationen. Den Vorsitz soll ein Vertrauensmann der Reichsregierung und der Länderregierungen führen. Die Länderkonferenz soll die Fragen formulieren, die dem Ausschuß vorzulegen wären, und seine Arbeitsgebiete genau abgrenzen.

Nach den Darlegungen des Referenten besteht zwar keine Übereinstimmung, doch seien alle Anregungen sich in folgenden grundsätzlichen Punkten einig: 1. Durchführung des demokratischen Prinzips der Reichsverfassung auch bei der Einwirkung der Länder auf die Willensbildung des Reiches. 2. Stärkung der Reichsgewalt. 3. Vereinheitlichung der politischen Willensbildung in einem einzigen Reichsparlament und damit Vermehrung der Stetigkeit in der Verwaltung des Reiches. 4. Ausbau lebendiger unterer und mittlerer Selbstverwaltungsbezirke und Verkürzung des Instanzenweges zur Zentralregierung. 5. Neugliederung des Reiches in Gebilde, die kulturell und wirtschaftspolitisch lebensfähig sind und im Rahmen des Reiches ein Eigenleben führen.

Ob alle diese Wege gangbar seien, erscheine schon fraglich mit Rücksicht auf die Außenpolitik und die Verschuldung des Reiches. Dr. Petersen ging die Einzelheiten der vorliegenden Vorschläge durch und besprach insbesondere den Plan der Bildung freier Reichsländer mit eigenem Landtag und eigenem Landespräsidenten. Er erklärte, daß ihm dieser Vorschlag ganz unmöglich erscheine, weil seine Voraussetzung die Aufteilung Preußens sei. Dieses müsse aber erhalten bleiben bis zum Aufgehen in einem einheitlichen Reiche.

Begrenzung der deutschen Kriegslasten.

Parker Gilbert bleibt dabei.

Die Reparationskommission in Paris tagte am Sonnabend in Gegenwart des von seinem Urlaub in den Vereinigten Staaten zurückgekehrten Reparationsagenten Parker Gilbert. Dabei hatte dieser erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen, für Deutschland endlich eine Grenze seiner Reparationsleistungen festzusetzen. Selbstverständlich ließ dabei Parker Gilbert den unmöglichen Rückgriff Poincarés vom 24. Dezember auf die längst überholte Phantasiesumme von 132 Milliarden Goldmark außer Betracht.

Die Agentur Economique et Financière will erfahren haben, daß Parker Gilbert seinen früheren Standpunkt vollständig aufrechterhalten habe und daß er zu dem Punkte, ob die im vergangenen Monat aufgeworfene Frage über die endgültige Festsetzung der deutschen Verpflichtungen ihn, den Generalagenten, etwas angehe, seiner Meinung Ausdruck gegeben habe, daß diese Frage ihn zweifellos berühre angesichts der Unmöglichkeit, die deutsche Wirtschaftslage wegen des Fehlens der Festsetzung der Höhe seiner enormen Schuld richtig zu beurteilen.

Über die Verhandlungen wurde keine amtliche Veröffentlichung ausgegeben.

Drohender Streik in Mitteldeutschland.

50 000 Arbeiter vor dem Ausstand.

Der Schiedsspruch in der mitteldeutschen Metallindustrie scheint einen großen Streik zur Folge zu haben. Eine in Halle tagende Konferenz der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärte den Schieds-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF